

# Pressedienst des Landes **Berlin**

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DES LANDES BERLIN, 1 BERLIN 62 - RATHAUS SCHONEBERG, TELEFON: 7801 3309

20. April 1965

Nr. 76

Das heutige Deutschland verdient Vertrauen

## Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt in New York

Anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die New-School for Social Research in New York hielt der Regierende Bürgermeister Willy Brandt am Montag, dem 19. April, eine Ansprache, die folgenden Wortlaut hat:

"Zwanzig Jahre sind genug!

Im Leben des einzelnen Menschen wie im Leben der Völker werden nur zu oft die bequemen, die leichteren Wege beschritten, obwohl die bequemen Wege nicht immer die richtigen sind. Es ist gut, den unbequemen Weg zu gehen ganz besonders, wenn er dann richtig ist.

Die Auszeichnung, die Sie mir haben zuteil werden lassen, ist ehrenvoll. Meine Dankbarkeit glaube ich am besten beweisen zu können, wenn ich Ihnen etwas darüber sage, wie ich die Situation meines Volkes heute sehe. Ich werde es im Geiste der Ehrlichkeit tun, die auch nicht immer bequem ist. Daraus wird sich eine Bitte ableiten und ein Appell. Zwanzig Jahre sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen. Die Deutschen haben hart gearbeitet. Im größeren Teil ihres Landes, wo sie die Chance dazu erhielten, haben sie recht stabile demokratische Einrichtungen geschaffen. Aber als Volk sind sie noch nicht zur Ruhe gekommen. Ihre nationale Frage ist nicht gelöst.

Deutschland ist geteilt. Der eine Teil, die Bundesrepublik, ist eine starke Wirtschaftsmacht geworden. Ihre militärische Stärke ist ebenfalls ansehnlich, doch begrenzt und konventionell und untersteht der Nato. Dem anderen Teil, der sowjetisch besetzten Zone, ist ein kommunistisches Regime auferlegt, das ebenfalls seit einiger Zeit wirtschaftlich verhältnismäßig erfolgreich ist und wachsendes Selbstbewusstsein zeigt. Berlin wurde gegen alle Versuche gehalten, die drei Mächte herauszudrücken, die zu Freunden und Verbündeten geworden sind. Die Berliner haben standgehalten und haben sich nicht irre machen lassen.

Zwölf Millionen Menschen, also mehr als 20 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik, sind Flüchtlinge oder Vertriebene. Sie sind praktisch in die Gesellschaft integriert. Es gibt in Westdeutschland weder rechts noch links eine ernst zu nehmende radikale politische Bewegung. 55 Prozent der heute lebenden Deutschen haben den Nazismus nicht mehr mit Bewusstsein erlebt. In der Jugend, aber auch unter den Älteren, nimmt das Interesse für das Fragen nach der Wiedervereinigung zu. Das sind die Tatsachen, von denen ich ausgehe. Der 8. Mai wird Erinnerungen wecken. Die Schrecken, die im mißbrauchten deutschen Namen über die Welt kamen, werden wieder lebendig. Die Völker können diesen Abschnitt der

- 2 - 57

jüngsten Geschichte nicht vergessen. Warum sollten sie auch? Man kann aus der Geschichte nur lernen, wenn man sie kennt. Aber es sollte mich nicht wundern, daß es auch dem deutschen Volk schwerfällt, mit dem schwersten Abschnitt seiner Geschichte ins reine zu kommen.

Ich habe niemals die Illusionen einiger Leute geteilt, die glauben, man müsse nur Gras über die Dinge wachsen lassen. Ich kann hier sagen, wie ich es in Deutschland oft gesagt habe: es ist krasser Opportunismus, Probleme durch Liegenlassen lösen zu wollen. Erinnerung ist nicht durch Verjährung auszulöschen und ich bedaure tief, daß der falsche Eindruck entstanden ist, die Bundesrepublik Deutschland habe unlängst bestimmte Entschlüsse nur unter dem Druck der Weltmeinung gefaßt. Diese Entschlüsse waren allein das Ergebnis der eigenen Überzeugung und mußten es sein. Das hat etwas mit Stolz zu tun, und ohne Stolz kann kein Volk leben. Das gilt auch für die Deutschen, und davon wird jetzt einiges offenbar. Mit großer Sorge habe ich die beunruhigten Fragen gelesen, die vielerorts und auch in den Vereinigten Staaten gestellt wurden, ob wir am Vorabend einer nationalistischen Welle in Deutschland stehen. Dem ist nicht so. Ich übersehe dabei nicht eine Reihe unverantwortlicher Äußerungen und zweifelhafter Aktivitäten. Womit wir es aber in Wirklichkeit zu tun haben, stellt sich mir so dar: das Deutsche Volk hat zwölf Jahre lang den Nationalismus bis zum Exzess getrieben. Dem totalen Anspruch auf Hegemonie folgte der totale Sturz. Das Ergebnis war, neben vielem anderen, daß das Nationalbewußtsein zu einer negativen Größe, zu einer Minus-Einheit im Leben Deutschlands wurde. Im Grundgesetz wurde die Möglichkeit geschaffen, Souveränität auf supranationale Organe zu übertragen. Ein integriertes Europa wurde zum Ziel, in dem manche meiner Landsleute ihre größere Heimat zu finden hofften. Das wirtschaftliche Zusammenwachsen Europas macht Fortschritte. Die politische Union, die Vereinigten Staaten Europas, die die Souveränität der Nationen übernehmen und vereinigen, liegen nicht auf den Schreibtischen der Staatsmänner und stehen nicht auf ihren Terminkalendern als eine Aufgabe von heute oder morgen oder einem Zeitpunkt in naher Zukunft.

Wir dürfen deswegen nicht resignieren. Wir müssen eine qualifizierte politische Zusammenarbeit zwischen den sechs Ländern des gemeinsamen Marktes anstreben. Wir müssen Vereinbarungen zwischen dem gemeinsamen Markt und der Freihandelszone zustande bringen. Wir müssen die Tür offenhalten für die Völker und Staaten Osteuropas in den heute oder morgen möglichen Formen der Kommunikation. Aber unabhängig von diesen Bemühungen war und ist es so unausweichlich wie die Sonne morgen wieder aufgehen wird, daß das deutsche Volk nach seiner nationalen Identität fragt. Es wäre unausweichlich gewesen auch ohne den eigenwilligen Ruf General de Gaulles nach einem Europa der Vaterländer. Er hat allenfalls diese Entwicklung beschleunigt. Wen kann es wundern, wenn auch die Menschen des geteilten Deutschland nach ihrem Vaterland fragen, das größer ist, als die Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang sollte die Frage 'Warum nur de Gaulle?' niemanden überraschen. Es wäre vielleicht nicht nötig, sich darauf zu besinnen, was John F. Kennedy in Berlin gesagt hat: 'In 18 Jahren des Friedens und der erprobten Verlässlichkeit hat diese Generation der Deutschen sich das Recht verdient, frei zu sein, einschließlich des Rechts, Familien und die Nation in dauerhaftem Frieden wiedervereintigt zu sehen, in gutem Willen gegen Jedermann.'

Aus diesen 18 Jahren sind 20 geworden, aber das Recht auf Selbstbestimmung ist nicht geringer geworden, und der Ruf nach Selbstbestimmung ertönt lauter. Wir sagen, 20 Jahre sind genug, genug aus Gründen der Menschenrechte und wegen der Sache des Friedens. Wir sagen das, auch wenn wir wissen, daß der Erfüllung dieses Rechtes

noch nicht übersehbare Schwierigkeiten entgegenstehen. Auch wenn wir wissen, daß es neben der Verantwortung der vier Mächte eine deutsche Verantwortung gibt. Und wir sagen es, wohl wissend, daß der Friede höher steht als jedes nationale Ziel. Es wird die Aufgabe der deutschen Politik in den nächsten Jahren sein, dafür zu sorgen, daß das nationale Bewußtsein des deutschen Volkes sein Gleichgewicht findet. Daß nach Exzess und Negation das wahre Maß des Nationalgefühls gefunden wird, das frei ist von Überheblichkeit und getragen ist von gutem Willen gegenüber allen Menschen und allen Nationen. Ob es gelingt, wird die eigentliche Entscheidung über das Schicksal der Demokratie in Deutschland sein. Keine der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik darf sich dieser Verantwortung entziehen. Wenn sie davor versagen würden, wenn sie das nationale Selbstverständnis nicht begreifen würden, wenn sie die Flagge sinken lassen würden, die für das Recht auf Selbstbestimmung weht, dann, und nur dann könnte sie einer aufheben, um aus dem nationalen Gefühl der Enttäuschung die Waffen des Radikalismus zu schmieden. Es gibt keine nationalistische Welle in der Bundesrepublik. Natürlich gibt es Unverbesserliche, die, die niemals etwas dazulernen und sich niemals ändern oder die sich zu oft und zu schnell umstellen. Kein Volk ist jemals davon frei. Aber entscheidend ist der bestimmende gesunde Prozess der Genesung eines Volkes, das wie jedes andere auf die Dauer nicht ohne Stolz auf sich selbst leben kann. Dafür Verständnis zu haben, ist meine Bitte.

Bedenken Sie, daß in Deutschland im Herbst der Jahrgang 1944 zum ersten Mal wählen wird. Mehr als die Hälfte des deutschen Volkes fühlt sich wegen ihrer Jugend mit Recht persönlich frei von der Verantwortung ihrer Väter. Wir wissen, daß auch junge Menschen in die Geschichte ihres Volkes hineingeboren werden. Aber niemand darf von deutschen Söhnen verlangen, die Verantwortung für das Deutschland der Väter zu tragen. Ich weiß jedenfalls von meinen Söhnen, daß sie nicht die Verantwortung für alles übernehmen möchten, was ich tue. Noch niemals hat es in Deutschland so viele junge Menschen gegeben, die das Ausland kennen. Zu Hunderttausenden verbringen sie ihre Ferien und viele von ihnen Jahre des Studiums außerhalb der Landesgrenzen, millionenfach sind die Begegnungen mit der Jugend anderer Völker. Natürliches Selbstbewußtsein ohne Überheblichkeit, Skepsis gegenüber ihren Vätern, Sachlichkeit gegenüber ihren Altersgenossen, das sind die Kennzeichen der deutschen Jugend. Sind es nicht heute die Kennzeichen junger Menschen fast überall in der Welt? Auch die kritischen Beobachter haben nirgendwo ein Zeichen nationalistischer Überheblichkeit in der deutschen Jugend entdecken können oder ein Zeichen von Haß gegen andere Völker. Die junge Generation in meinem Lande würde genauso gern nach Rußland und Polen reisen wie nach Frankreich und Italien. Das ist ermutigend.

Darum sage ich zu meinen Freunden in Amerika und nicht nur in Amerika: ich muß mein Volk gegen ungerichtete Angriffe in Schutz nehmen. Deutschland braucht ihr Vertrauen, das Vertrauen seiner Freunde in die Verlässlichkeit seines Wortes. Gleichzeitig müssen wir uns bemühen, unsere augenblicklichen Gegner davon zu überzeugen, daß die Deutschen mit allen ihren Nachbarn in Frieden und Freundschaft leben wollen. Unbelastet von der Vergangenheit, selbstbewußt und welt-offen reicht die junge Generation in Deutschland der Jugend anderer Völker die Hand. Dies ist mein Appell an Sie: weisen Sie diese Hand unserer Jugend nicht zurück, weil das Mißtrauen gegen die Väter noch nicht eingeschlafen ist, Das heutige Deutschland verdient Vertrauen.

Wenn ich das sage, so weiß ich, daß damit noch nicht das weitverbreitete Mißtrauen zerstreut ist. Zuviel ist geschehen, was wir niemals wieder ganz vergessen machen können. Historische Entwicklungen

lassen sich aber nicht aufhalten, bis alle Erinnerungen verblasst sind. Es wird Zeit, daß wir die Eierschalen der Nachkriegszeit abwerfen und in unseren Beziehungen zu anderen Staaten wie Erwachsene handeln. Wir dürfen uns nicht länger mehr wie unmündige Kinder benehmen, die immer hilfeschend auf den Vormund blicken. Politische Gleichberechtigung fordert Verantwortung für die Gemeinschaft. Ich möchte das besonders betonen. Wir müssen und werden weiterhin im Einverständnis mit unseren Alliierten handeln, um einen gerechten und dauerhaften Frieden für uns und für Europa zu erreichen. Und wir müssen und werden fortfahren, unseren vollen Teil zur Sicherheit des Westens beizutragen. Es ist aber auch nötig, daß wir eigenes Urteil und eigene Initiative beisteuern, um bessere Beziehungen zwischen unserem Land und unseren Nachbarn zu schaffen, zu den uns freundlich gesinnten und zu den weniger freundlichen.

Was heißt das in einzelnen? Wir wollen Bewegung in die deutsche Frage bringen. Nicht Bewegung um der Bewegung willen, nur um so den Anschein zu erwecken, es gehe voran. Es besteht eine Interdependenz zwischen der Teilung Deutschlands und der Spaltung Europas. Wir wollen Bewegung mit Richtung und Ziel, eine Bewegung, die uns der Lösung des Nachkriegsdilemmas näher bringt, das Europa immer weiter trennt. Unser Volk wird sich nicht zufrieden geben mit einem geteilten Deutschland in einem geteilten Europa. Es hat große Achtung vor der Gerechtigkeit, vor dem Recht auf Selbstbestimmung, vor der Freiheit. Unser Volk ist unter den mächtigen Grundgedanken der Demokratie mündig geworden. Es ist weder vernünftig noch weise, von den Deutschen zu erwarten, daß sie diese Prinzipien im Frischhaltebeutel aufbewahren und darauf warten, daß andere für sie handeln. Die Deutschen wissen wohl, daß sie die Wiedervereinigung ihres Landes nicht allein erreichen können. Wir haben darüber keine Illusionen. Wir wissen: ehe nicht die Sowjetunion bereit ist, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen, wird es keine Wiedervereinigung geben. Diplomatische Alleingänge nach Moskau ohne Abstimmung mit den Verbündeten wären Unsinn. Die Friedensregelung ist eine gemeinsame Aufgabe von Washington, London, Paris und Bonn. Sie kann mit verteilten Rollen gelöst werden.

Deutschland muß nicht immer auf amerikanische Vorschläge warten oder auf französische oder englische. Selbst wenn Washington, London oder Paris die Dinge nicht in Bewegung bringen wollten, gibt es keinen Grund, warum wir ihnen nicht sagen könnten: 'Hier ist eine Idee. Laßt sie uns prüfen.'

Es läßt sich nicht leugnen, daß Deutschland bisher eine andere Haltung eingenommen hat. Eine schwache Regierung und zudem der bevorstehende Wahlkampf lassen aus Deutschland keine kühnen politischen Vorstellungen erwarten. Lähmungserscheinungen in den Monaten vor einer Wahl sind auch in Amerika nicht unbekannt. Ich bin sicher, im Herbst werden wir Bewegungsfreiheit auf diesem Gebiet gewinnen.

Es wird die vordringlichste Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein, Grundsätze eines Friedensvertrages zu erarbeiten. Ich werde dafür sorgen, daß sie damit bei uns zu Hause so schnell wie möglich anfangen. Wir müssen eine gemeinschaftliche Grundlage für die Verhandlungen mit den Russen schaffen. Wir müssen suchen, wo die Mauer des Mißtrauens, die Ost und West trennt, durchlässig ist. Wir müssen zu einer gemeinsamen Einschätzung dieser Möglichkeiten kommen. Und wir müssen eine Übereinstimmung darüber erreichen, wie sie erweitert werden können. Dabei ist es absolut notwendig, das gegenseitige Vertrauen zu erhalten. Nicht nur das Vertrauen zur deutschen Demokratie, sondern genauso Deutschlands Vertrauen zu seinen Verbündeten. Ich kann hier eindeutig erklären: die überwältigende Mehrheit meiner Landsleute hat dieses Vertrauen. Wir begrüßen jeden Fortschritt, jede positive Entwicklung in den Beziehungen zwischen

Washington und Moskau. Als mündiger Partner erwarten wir allerdings, daß man uns über das, was geschieht, auf dem laufenden hält. Ganz besonders da, wo es sich um die Zukunft Deutschlands und Europas handelt. Wir sitzen alle in einem Boot, und nur gemeinsam werden wir sicher an Land kommen. Die Berliner haben besonderen Grund, sich dessen bewußt zu sein, aber auch in Bonn und der übrigen Bundesrepublik gibt es keine Illusionen darüber - dazu brauchen nicht erst russische Migs die Schallmauer über dem Rhein zu durchbrechen.

Die Mündigkeit Deutschlands ist ein wesentlicher Teil des Wiederaufbaus Europas. Beides sind großartige Beweise für den Weitblick und den Erfolg amerikanischer Außenpolitik. Die sowjetische Expansion in Europa ist aufgehalten worden. Nirgends ist die amerikanische Entschlossenheit, die Freiheit zu bewahren und auszubreiten, besser demonstriert worden als in Berlin. Hier haben wir nicht nur ein außergewöhnliches Maß an wirtschaftlicher Lebensfähigkeit erreicht: die wachsende politische Reife Deutschlands hat es uns auch möglich gemacht, in Berlin einiges von der Bewegung in Gang zu bringen, von der ich vorhin gesprochen habe. Die Vereinbarungen, die wir mit den Dienststellen in Ostberlin treffen konnten, haben die Mauer, die unsere Stadt teilt, durchlässig gemacht. Die Passierscheinabkommen, die es West-Berlinern ermöglichen, fünfmal im Jahr ihre Verwandten in Ostberlin zu sehen, bedeuten nicht wenig in dem Prozess sich ausdehnender Ost-West-Kontakte. Wer mich kennt, weiß, daß ich diese Politik ohne Illusionen betreibe. Die Erfahrungen mit den Störmaßnahmen kurz vor Ostern müssen noch sorgfältig ausgewertet werden. Aber die Pflicht, um menschliche Erleichterungen bemüht zu bleiben, wird davon nicht berührt.

Mit der Hilfe Amerikas haben Deutschland und Europa wieder Vertrauen in ihre Fähigkeit gewonnen, ihr Schicksal selbst mitzuformen. Darauf können auch die Vereinigten Staaten stolz sein. Jedenfalls sollte es sie nicht beunruhigen. Es ist das Ergebnis vieler gemeinsamer Schritte in der Vergangenheit. Wenn jetzt die Europäer etwas mehr tun, auch wenn die Vereinigten Staaten das nicht erwarten, wenn also Europäer Zeichen unabhängigen Denkens zeigen und eigene Initiativen entwickeln, dann geschieht dies nicht notwendigerweise, weil ihre Ziele zu denen der Vereinigten Staaten im Widerspruch ständen. Es ist, weil die Europäer zu erwachsen sind, um im Kinderwagen herumgefahren zu werden. Und das Kindermädchen von gestern sollte das verstehen und diese Art der Unabhängigkeit nicht als etwas gegensätzliches betrachten. Was in Deutschland und in Europa geschieht, ist weithin nur der natürliche Lauf der Geschichte. Geschichte darf man nicht übelnehmen.

Ich bin nicht besorgt, über die Unabhängigkeit, die sich in Europa regt und ausbreitet. Ich bin auch nicht besorgt, daß Amerika Europa im Stich lassen könnte. Amerika kann Europa nicht aufgeben, nur weil der alte Kontinent den Vereinigten Staaten nun einen größeren Teil der Last abnehmen kann, die sie ursprünglich allein tragen mußten. Ich fürchte auch nicht, daß Amerikas starkes Engagement in anderen Teilen der Welt - besonders in Südostasien - die Vereinigten Staaten veranlassen wird, ihr Interesse an der Sicherheit Europas aufzugeben.

Die unvergleichliche Stärke und Macht der Vereinigten Staaten in sich selbst, die zur Bewahrung des Friedens notwendig ist, verhindert ein Disengagement Amerikas von Europa. Die Vereinigten Staaten können sich nicht auf sich selbst zurückziehen. Weltmacht und selbstgenügsame Idylle sind nicht zu vereinbaren.

Ich bin sicher, Amerika wird immer zu einer Partnerschaft mit Europa bereit sein. Und ich hoffe, die verantwortlichen europäischen Staatsmänner werden ebenfalls eine konstruktive atlantische Partner-

schaft anstreben. Eine Reorganisation der Nato mag notwendig sein, aber nicht mit dem Ziel, sie abzuschaffen, Denn der Friede für Amerika und Europa ist unteilbar, es wird einige Amerikaner geben, die die Entwicklungen in Europa nicht in diesem Licht sehen. Ihnen kann ich nur sagen: seien Sie nicht pessimistisch. Machen Sie sich keine Sorgen. Die historischen Entwicklungen, von denen ich spreche, richten sich nicht gegen die Interessen der Vereinigten Staaten.

Über Fragen der Taktik, des richtigen Augenblicks und der Strategie mag es von Zeit zu Zeit Meinungsverschiedenheiten geben. Aber das berührt nicht unsere gemeinsamen grundsätzlichen Interessen. Vertrauen Sie uns, wie wir Ihnen vertrauen.

Wir gehen in dieselbe Richtung. Und wenn Deutschland, wie ich hoffe, in Zukunft mehr außenpolitische Initiative zeigen wird als bisher, dann vergessen Sie nicht: Wir werden umsichtig handeln, mit der Besonnenheit wie sie einem mündigen Volk ansteht und mit einem tiefen Gefühl der Verantwortung gegenüber unseren Alliierten, gegenüber unseren Nachbarn, gegenüber der Welt."

II/8

- - -

#### Ehrenurkunden für "Unbesungene Helden"

Während einer Feierstunde, die am Dienstag, dem 20. April, im Jüdischen Gemeindehaus stattfand, überreichte der Senator für Inneres, Otto Theuner, 55 Berliner Bürgern die Ehrenurkunde des Senats für "Unbesungene Helden".

Senator Otto Theuner führte in seiner Ansprache unter anderem aus:

"Nach dem Jahrestag der Kristallnacht ist auch die Erinnerung an den Aufstand im Warschauer Ghetto seit mehreren Jahren in Berlin mit einer Ehrung jener Mitbürger verbunden, die Verfolgten der Nazizeit unter Gefährdung ihrer eigenen Person Schutz und Hilfe gewährt haben. Nach dem Buch des amerikanischen Publizisten Kurt R. Großmann haben wir für sie die ehrenvolle Bezeichnung "Unbesungene Helden" gewählt.

Die heutige Gedenkstunde soll ein erneutes Bekenntnis zum Recht sein und unsere Abscheu vor der nazistischen Gewaltherrschaft zum Ausdruck bringen. In Trauer gedenken wir der Opfer jener Zeit und mit Stolz grüßen wir die Kämpfer wider das Unrecht.

Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, eine große Zahl von Lebensrettern hier im Auftrage des Senats von Berlin auszuzeichnen. Sie haben bedrängten, gejagten und gehetzten Menschen Hilfe geleistet.

In vielen Fällen ist es Ihnen, meine Damen und Herren, gelungen, Verfolgte ihren Häschern zu entreißen. So wie Sie in den dunklen Jahren des NS-Regimes der Stimme Ihres Herzens gefolgt sind und furchtlos Hilfe boten, wo Not und Gefahr war, so erleben wir seit Errichtung der Mauer immer wieder, daß Berliner ihren Mitbürgern aus dem Osten in ihrer Bedrängnis helfen. Wir sind stolz darauf, daß in unserer Stadt über die Zeiten hinweg die Gebote der Menschlichkeit lebendig bleiben.

Ich darf Ihnen nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Namen des Senats den Dank abstatten für Ihren unerschrockenen Einsatz, indem ich jedem von Ihnen eine Urkunde überreiche."

II/8

- - -